

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Waldschmidhandlung
Gottlingen-Zürich.
Verfassungen
franco gegen franco
Gedruckte Briefe
nach der Schweiz folgen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ein-
genommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Abonnementpreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Reiseband)
Fr. 2.— für Deutschland (Reiseband)
Fr. 1.70 für Österreich (Reiseband)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reiseband).
Inserte
Die Berechnung des Preises
25 Gts. — 20 Pfg.

Nr. 32.

Donnerstag, 3. August.

1882.

Inhalt des Heftes und Correspondenzen des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, werden wir, um die dortigen
Verhältnisse nicht zu verletzen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu schwächen, resp. diese von dort an uns
und unsere Vertriebs- und Lesungsverhältnisse nach dort abzufassen, so ist die Lagerung des Heftes im Postverkehr notwendig und
dieser keine Vertriebsmaßregel verstanden werden, die Vertriebswege über den wahren Abnehmer und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu ändern, und letztere dadurch zu schützen. Hauptvertriebsort ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzurufen, sondern sich möglichst an irgend eine unterbreitete
Körperschaft in den betreffenden Ländern und Österreichern wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, andererseits aber, daß
auch und möglichst anverwandte Lagerungsverhältnisse möglichst werden. In unerschütterlichen Fällen empfiehlt sich jedoch größere
Sicherheit Retransportation. Social an uns liegt, werden wir auch weiter nach Kosten streuen, um trotz aller entgegen-
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Für den Monat Juni sind noch folgende Eingänge nachzutragen:
Hohenheim Nr. 2,80. München 30.—, Linsbach 10.—, Kiel 30.—,
Schwerin 10.—, Forst 8.—, Reichshaus 6,50. Albed 31,47. Rons-
dorf 20.—, Forst 4.—, Ernstthal 2.—, Leipzig: Rante's Großmann
2,50.
Die Frankfurter Genossen quittieren den Empfang von Mk. 80.—
durch die in New-York befindlichen Ausgewanderten, und Mk. 16.— von
G. H. H. K. in Bukarest für den Frankfurter Wahlkreis.

Ein schamloses Pasquill.

Wenn die heutigen Machthaber das Volk brauchen, dann
schmeicheln sie ihm — locken es mit süßen Worten an sich heran,
um ihm die Wölle abzuschneiden. Wie hat Herr v. Bismarck,
der reaktionäre Oberdemagog, nicht in den letzten
Jahren mit dem „armen Mann“, mit dem „kleinen Mann“,
kurz mit dem Volke geliebelt, wie ist sein Mund nicht über-
geflohen von Honigseim, mit welcher Zärtlichkeit hat er nicht
versucht, das liebe Volk den Händen der „Ausbeuter“ zu ent-
reißen, und nach Noten zu — beglücken!
Nun — wir kennen diese Zärtlichkeit. Es ist die Zärtlichkeit
jener Bauernfänger, die ihr Opfer lieblos, um sich in sein
Vertrauen und — seine Taschen zu infiltrieren. In Wirklich-
keit fürchtet und haßt diese Gesellschaft das Volk, soweit sie
nicht dumm genug ist, es zu verachten. Wenn sie es nicht für
nützlich halten, sich zu verstellen, oder unwillkürlich aus der Rolle
fallen und sich in ihrer wahren Gestalt zeigen, dann beschimpfen
diese Gefellen das Volk auf das Böbchafte. So heißt es
zum Beispiel in dem vor kurzem veröffentlichten Verwaltungs-
Bericht des Berliner Polizeipräsidiums wörtlich wie folgt:

„Mit Rücksicht auf die zunehmende Sitten-
losigkeit des Volkes, namentlich des Arbeiter-
standes und der dienenden Klasse und in der Er-
wägung, daß bei den ungünstigen Geschäftsverhältnissen und
dem dadurch erheblich verminderten Erwerb der Einwohner-
schaft durch Vermehrung der Gelegenheit zur Ausübung
der Böllerei nicht Vorschub geleistet werden darf, so hat
sich das Polizeipräsidium entschlossen, den entsittlichen den
Einfluß dadurch abzuwachen, daß die Erlaubnis, nach 12
Uhr das Schankgewerbe auszuüben, jetzt nur in beschränkterer
Weise erteilt wird. Es kann gewiß nicht geleugnet werden,
daß die in den letzten Jahrzehnten so vielfach vermehrte
Gelegenheit zu Böllereien und Lüderlichkeit und
deren Folgen wesentlich mit dazu beigetragen haben, den Ar-
beitern Anlaß zu geben, früher nie gekannte Bedürfnisse und
Genüsse anzugewöhnen, in dem allabendlichen Wirtschaften
ihren länglichen Lohn zu vergeuden und ihre Vermögens-
verhältnisse zu zerrütten. Schließlich legen sie denn ihren
Vermögensverlust der Regierung zur Last und deren Maß-
regeln, die sie für die ählichen Folgen ihrer eigenen verderblichen
Lebensweise verantwortlich machen, sie werden dadurch zu un-
zufriedenen Staatsbürgern und fallen der Sozialdemo-
kratie anheim, indem sie die Ursachen ihrer Noth und
ihres Verkommens in angeblich schlechten, d. h. ihnen nicht
zufugenden Staatseinrichtungen suchen und finden zu müssen
glauben.“

So Herr v. Madai und seine Helfershelfer aus der Polizei
und dem Ministerium des Innern, ohne dessen Appor-
tation und Sanktion dieses Machwerk nicht hätte veröffentlicht
werden können.

Wir haben es hier mit einem amtlichen Altenstück zu
thun — mit einer wohlüberlegten Meinungsäußerung, die nicht
abgeleugnet werden kann, die wir als getreues Echo der in den
herrschenden und regierenden Kreisen gültigen Anschauungen
betrachten müssen.

„Die Sittenlosigkeit des Volkes, namentlich des Arbeiterstandes
und der dienenden Klasse, nimmt zu.“

„Der Arbeiterstand und die dienende Klasse“, das ist das
Volk. Also die Sittenlosigkeit des Volkes nimmt zu. Ein
schamloseres Pasquill ist niemals verübt worden. Herr
von Madai und seine Helfershelfer haben sich nicht einmal
die Mühe genommen, die Polizeifakten, ja nicht einmal die
Polizeiberichte in den Zeitungen über die gewöhnlichen Ge-
richtsverhandlungen der Presse zu lesen. Da würden sie finden,
daß das Kontingent, welches an „Arbeiterstand“ und die „die-
nende Klasse“ zur Arme der Verbrecher stellt, ein verschwindend

kleines ist; und daß obendrein dieses verschwindend kleine Kon-
tingent fast ausschließlich aus Unglücklichen besteht, die in Folge
unserer elenden Gesellschaftsorganisation außer Arbeit und Stellung gekommen sind. Die eigentlichen
Verbrecher entstammen entweder den sogenannten oberen Klassen,
oder sind durch dieselben direkt oder indirekt dazu gemacht.

Was speziell die „Sittlichkeit“ betrifft, welche die Ver-
fasser dieses Pamphlets in den Mund zu nehmen sich erdreisten,
so kann lässlich gesagt werden, daß die arbeitende Klasse die
einzige ist, welche das Recht hat, sich sittlich zu nennen.
Die Mutter aller Sittlichkeit ist die Arbeit; wäh-
rend sprichwörtlich der Müßiggang aller Laster Anfang
ist. Wo aber sind die Müßiggänger zu finden? Doch wahr-
haftig nicht in den Reihen der arbeitenden und dienenden Klassen?
Zum Müßiggang gehört Geld; nur die besitzenden Klassen
können jene Horde von Tagelöhnen und Müßig-
gängern stellen, welche „die Moral vergiften“, die Weiber-
und Mädchenverführung systematisch betreiben, die Töchter des
Proletariats entehren und prostituieren.

Von wem lebt die Prostitution? Doch nicht von
den Arbeitern, bei denen die Herren Bourgeois dafür sorgen,
daß ihnen das nötige Klein- und Großgeld fehlt.

Als der Reichstag vor sieben oder 8 Jahren sich mit der be-
rühmten Novelle zum Strafgesetzbuch beschäftigte und einige
Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft Lust hatten, von den Ge-
fahren zu reden, welche der Familie und Sittlichkeit seitens der
Sozialdemokraten drohen, da erklärte einer unserer Abgeordneten
unter der Hand: „Wenn das geschieht, werde ich eine
Liste der Reichstags- und Regierungsmitglieder
verlesen, von denen ich weiß, daß sie Maitreissen
haben.“ Die Liste war sehr lang, und die tugendboldigen
Bourgeoisvertreter unterließen es wohlweislich, die Sozialdemo-
kratie zu verläumdern.

Die Liste, wie gesagt, war lang und sie war bei Weitem
nicht vollständig. Verschiedene Minister figurirten darauf;
und würde sie jetzt erneuert und für Polizeibeamte geöffnet,
so würde Herr von Madai, der Hauptverfasser dieses
Pamphlets, mit an erster Stelle figurieren.

Wenn man von Sittlichkeit spricht, hat diese
Gesellschaft nicht das Recht, mitzusprechen.

Die Niedertracht des oder der Pamphletler wird aber
durch deren Dummheit oder wenigstens Gedankenlosigkeit
fast noch übertrieben. In demselben Satz, wo sie dem Volk
seine Unstittlichkeit und Böllerei verleumderisch vorwerfen, be-
klagen sie heuchlerisch die „ungünstigen Geschäftsver-
hältnisse“ und den „erheblich verminderten Er-
werb“. Die arbeitenden und „dienenden“ Klassen fröhnen
wohl der Sittenlosigkeit im Allgemeinen und der Böllerei im
Besonderen mit dem Geld, welches sie nicht verdienen? Oder
kennt Herr von Madai Kneiplokale und sonstige Stätten der
Böllerei und Unstittlichkeit, in denen das Getränke und das
Laster gratis zu haben wäre?

Das müssen übrigens sonderbare Arbeiter sein, die sich noch
nach 12 Uhr Nachts in den Kneipen herumtreiben können. Nicht
nur, daß sie die Taschen voll Geld haben müssen, scheinen sie
auch des Schlafes entbehren zu können. Oder will uns Herr
Madai glauben machen, daß ihm die landläufigen Arbeits-
bedingungen gänzlich unbekannt sind?

Und wie albern ist der Schlußatz des obigen Zitats: Weil
das Volk sich der Böllerei und Sittenlosigkeit ergibt, fällt es der
Sozialdemokratie anheim. Feiglinge, Herr von Madai!
Das Gesindel, welches sich der Böllerei und Unstittlichkeit ergibt,
das steht, soweit es nicht ein Theil der „guten Gesellschaft“
ist, als Lumpenproletariat auf Ihrer Seite. Die
Sozialdemokratie hat mit diesem Gesindel nichts
zu thun.

Darum hat jedoch Herr von Madai allerdings Recht: dieses
Gesindel — sei es nun vornehmer oder niederer Böbel, seien
es geschmähigte Blutsauger oder ungeschmähigte Spitzbuben,
Maffenmörder oder Einzelmörder, Staats- oder Privatverbrecher
— kurz, das ganze Heer unserer Unterdrücker und Ausbeuter:
Patrone, Strohe und Mittrolche, sie sorgen durch
ihre schandbaren, gemeinschädlichen Treiben dafür,
daß die Reihen der Sozialdemokratie sich immer
mehr füllen.

Diesem Gesindel aber, und namentlich dem hohen, geht Herr
Madai nicht zu Leibe und darf er nicht zu Leibe gehen. Darum
„beschränkt“ er die Nachkneipen nur, aber er verbietet sie nicht.
Gold überwindet heute Alles, selbst die Tugend des Berliner
Polizeipräsidenten. Gegen die Böllerei und Lüderlichkeit
der herrschenden Klassen ist er machtlos. Er muß sie nicht nur
dulden, sondern sie nachdem auch mitmachen. Und ob sie
hinter verschlossenen Thüren oder vor aller Welt, bei Tage oder
bei Nacht, ihre Gelüste befriedigen und sich im Uebermaße be-
rauschen, das arbeitende Volk weiß, wo sein Schweiß verprägt
und wie er verprägt wird.

Je schlimmer und ärger Sie und Ihre Freunde es treiben
desto schneller unser Wachsthum, desto näher der Sieg
der Sozialdemokratie!
Guten Appetit, Herr von Madai!

Das Loos der „Verschickten“.

Oft, nur zu oft, lesen wir in den Zeitungen, daß in Rußland wie-
derum so und soviel „verdächtige“ Personen, zuweilen beträgt die Zahl der-
selben mehrere Hundert, auf administrativen Wege, d. h. ohne richter-
lichen Spruch oder auch nur Verhör, nach Sibirien verschickt worden
sind. Welches Loos dieser Opfer zarischer Willkür wartet, davon liefert
die nachfolgende wahrheitsgemäße Darstellung ein anschauliches Bild.
Nikolai Lopatin, von dem dieselbe herrührt, ist der zweite
Zuschling, dem es gelungen ist, aus Nordostsibirien zu entkom-
men. (Nikolai war der erste.) Sein Entweichen wurde schon
im vorigen Jahre gemeldet, aber fast ein Jahr bedurfte er, um nach
Ueberwindung unsäglich Strapazen von seinem Verbannungsort aus
unerkannt die Westgrenze Rußlands zu erreichen, eine wahrhafte Odyssee,
deren Schilderung sich indes aus leicht begreiflichen Gründen noch der
Öffentlichkeit entzieht. Wenn, er überwand sie, und wir sind in
der glücklichen Lage, den Freunden und Genossen
Lopatin's mittheilen zu können, daß er sich gegen-
wärtig an durchaus sicherem Orte befindet.

Da der Mehrzahl unserer Leser die Gründe, weshalb Lopatin nach
Sibirien verschickt worden war, nicht bekannt sind, so wollen wir sie
hier kurz anführen.
Lopatin hatte sich seiner Zeit dadurch „verdächtig“ gemacht, daß er als
Mitglied einer Arbeiterdeputation — obwohl von Hause aus wohlhabend
und fast mit seinen medizinischen Studien zu Ende, war er nämlich, um
für den Sozialismus erfolgreicher wirken zu können, Fabrikarbeiter ge-
worden — dem Petersburger Polizeihauptmann derb die Wahrheit ge-
sagt, und bei Gelegenheit der Freisprechung Wera Zassnitsch's
die auf den Straßen versammelte Menge auf die Bedeutung und die
Konsequenzen dieser Freisprechung aufmerksam gemacht hatte. Er war
dabei erkannt und denunziert worden und wurde kurz hinterher verhaftet.
Vergebens stellte er wiederholt die Forderung, man möge ihn vor Gericht
stellen, man begnüge sich, ihn „bloß“ administrativ zu verschicken.

Hören wir ihn nunmehr selbst:
— Die gegenwärtige Lage ist schrecklich, und von der Zukunft ist
keine Besserung zu erwarten!... Heute geht es schlechter als gestern,
morgen wird es schlimmer sein als heute. Wann wird das Alles ein
Ende nehmen? Welche Hoffnung ist noch übrig geblieben? Was steht
noch bevor?

Heute oder morgen können zwei vollständig reisefertige Gendarmen
erscheinen und mit „ehrlichswoller“ Verbeugung die Folgenden mit-
theilen: „Wir ersuchen Sie, uns zu folgen; wir sind beauftragt, Sie
nach dem... er Ufa“) zu führen, die Pferde sind bereit, halten Sie uns
gefälligst nicht lange auf.“ — Ganz unvorbereitet können dich diese
Boten überfallen, du hast keine Kopeke für die lange und höchst be-
schwerliche Reise, hast vielleicht keinen Felt, ja nicht einmal Stiefel. Aber
„Alles ist bereit“, du darfst daher nicht säumig sein. Wofür und warum,
wilst du vielleicht den Zopradnik (Gendarmenreißer) fragen, der,
pflichtgetreu, gekommen ist, dir die Reisegelei zu geben und Bewohr zu
sagen? „Rüßige Frage!“ Die Antwort ist immer und überall eine und
dieselbe: „Bahrstijg, ich weiß es nicht, begreife es nicht, ich habe es
selber nicht erwartet. Sie wissen, die höheren Behörden... Ich habe
nur die Vorschrift, den Transport zu leiten und weiter nichts. Lassen
Sie uns nur nicht länger warten, die Pferde sind bereit, der Kutscher
friert.“ Der Gendarm wird dich in einen stinkenden Verbrechermantel
einpacken, mit einer Kagoja (Wasenwade) bedecken und dich sogar noch
fragen: „Sizen Sie bequeme?“ Und wieder wirst du mehrere taufend Werst
geschleppt werden, bis man dich wie ein nutzloses Ding in irgend einem
Ufa, wo es keinen einzigen Menschen gibt, der russisch versteht, deinem
Schicksal überläßt. Hungerig und erschopen wirst du im Walde gelassen,
und zum Troste werden dir die Worte hingeschleudert werden: „Sie
können eine Bittschrift einreichen und um Hilfe ersuchen. Sie dürfen
hoffen, nach 5—6 Monaten Antwort, resp. Speisegebe zu erhalten.“

Nach 5—6 Monaten! Und bis dahin? Bis dahin launet du Hungers
sterben.“

Das ist Alles, was ich zu erwarten habe.

Sie sagen, ich sei vollberechtigter Bürger, ich sei der Bürgerrechte
nicht verlustig, ich sei nur zeitweilig der Polizeiaufsicht unterworfen und
habe nur das Recht verloren, den mir angewiesenen Kautionsort zu
verlassen. In Wirklichkeit bin ich aber nicht bloß der Bürgerrechte, son-
dern auch der einfachsten Menschenrechte beraubt. Das Freiheitsrecht
erhielt für mich nicht, die Familie ist mir entziffen, ich habe kein Ver-
waltungsrecht mehr über mein Eigentum, irgend welche Beschäf-
tigung zu haben, ist mir verboten. Nicht einmal das Recht,
in einer Schenke Angeheiler zu sein. Siehe Zirkular des Ministeriums
des Innern.) Ich habe keine Möglichkeit, eine Zeitung, ein Buch zu
lesen; es fehlt mir sogar die Möglichkeit, mit meiner Mutter zu kor-
respondieren. Was für Rechte habe ich denn? Das Recht, die Luft einzu-
zuathmen, das Wasser aus den großen sibirischen Flüssen zu schöpfen,
und das Recht, mich anzuhängen oder zu ertränken, wenn letzteres über-
haupt ein Recht genannt werden kann.

Und wofür eine so grausame Strafe? Welche Schanden habe ich der
menschlichen Gesellschaft zugefügt? Welche Mißthaten sind von mir be-
gangen worden? — Auch auf derartige Fragen bleiben mir die gewalt-
übenden Behörden die Antwort schuldig.

Ich bin auf administrativen Wege verschickt worden, d. h. also ohne
Angabe der Gründe, ohne jedes richterliche Erkenntnis. Ueberall heißt

*) Mit Ufa bezeichnet man die Niederlassungsplätze der — meist
nomadischen — Tataren.

man mich mündlich und schriftlich „Staatsverbrecher“, ohne mir zu sagen, worin mein Verbrechen bestehe. —

Diese oder ähnliche Gedanken erfüllen jeden auf administrativem Wege Deportierten, gegenwärtig also sehr viele russische Bürger, resp. Unterthanen. Dieses düstere Unbekannte, Unbestimmte, das ewige: „Was bleibt mir im Leben noch übrig?“ verläßt den Verbannten keinen Augenblick, mag behändig an seinem kammervollen Dasein, martort ihn, läßt ihm keine Ruhe, macht ihn für jede geistige Thätigkeit unfähig. — sogar das Versinken in einen lethargischen Zustand ist ihm unmöglich.

Wen kann es da Wunder nehmen, daß eine große Anzahl der Verbannten, die auf solche Weise psychopathisch (trübhanig) gemacht werden, sich vergiften, ertränken oder erhängen! Wer sich in einer derartigen Lage befindet, kann nicht anders, als nach irgend einem Ausweg suchen. Mager Selbstmord gibt es aber nur einen einzigen Ausweg: die Flucht! Sich zu flüchten, es komme, was da wolle!

Sollte Jemand daran vielleicht zweifeln und fragen: Ist es denn wirklich so? Denken die russischen Verbannten wirklich nur an das Flüchtigwerden? Und wenn es der Fall ist, warum sind dann so Wenige flüchtig geworden? Tausende und Abertausende von Verbannten sind in sibirischen Ländern zerstreut hingeworfen worden, und doch nur einzelne, dazu meistens erfolglose Fluchtversuche?

Dies mag aus der Ferne sonderbar erscheinen, die Sache erklärt sich aber sehr einfach dadurch, daß jedem Verbannten die Schwierigkeiten einer Flucht, die einen Erfolg geradezu ausschließen, wohlbekannt sind. Es sind dies der Mangel an jeglichen Geldmitteln, die Unkenntnis der Gegend, des ungeheuren langen und schwierigen Weges einerseits, sowie die außerordentlich strenge Aufsicht und die Hetsjagd nach jedem flüchtig Gewordenen andererseits. Dann aber weiß ein Jeder, daß seine etwaige Flucht die Verwaltungsbehörde nur aufreizen und veranlassen würde, sich an den Zurückgebliebenen zu rächen, und deren an sich schon traurige Lage noch schrecklicher zu gestalten. Nur Derjenige unternimmt daher einen Fluchtversuch, dessen Geduld und Ausdauer vollständig erschöpft sind, oder der die Nachricht erhält, daß seiner in Zukunft noch größere Gefahren warten.

Ich war „auf allerhöchsten Befehl“ nach Oskibirien deportiert worden, d. h. nicht auf Grund eines richterlichen Erkenntnisses, sondern vom Jaren selbst, kraft seiner selbstherrlichen Gewalt. Dieser „allerhöchste Befehl“ erfolgte Ende 1878; ich befand mich damals in Archangel (nördlichste Provinz des europäischen Rußland. Red.), wohin ich zu einer Zeit verschickt worden war, da man sich noch genirte, Leute auf administrativem Wege nach Oskibirien zu transportieren.

Nachdem ich den halben Weg hinter mir hatte, wurde mir plötzlich in Tomsk Halt! geboten, und ich ward in Einzelhaft gesetzt. Man warf mich in einen in vier Räume abgetheilte Kessel; zwei dieser Räume dienten als Leichenzimmern, während zwei für unverbesserte oder ihre Mitgefangenen mißhandelnde Verbrecher bestimmt waren. Gründe für diese Maßregel wurden natürlich nicht angegeben, wahrscheinlich hatte irgend ein Spion eine Denunziation an den Mann gebracht, und die Regierung gab sich der Hoffnung hin, mich aus Grund eines Nichterspruches nach den Bergwerken schleppen lassen zu können. Gegen sieben Monate bereits hatte ich in diesem Kessel fortvegetiert, als man mich in Gemeinschaft von 300 Märdern und Betrügnern zu Fuß nach Irkutsk schickte. Der Marsch von Tomsk nach Irkutsk dauerte drei Monate. Die Nächte brachten wir in kleinen, aus einem schmutzigen Stall bestehenden Boraken, „Stajp“ genannt, zu. Die Unzahl von Ungezieher und die durch die Ausdünstungen so vieler Menschen verpestete Luft bewirkten es, daß die Nachstunden statt Stunden der Erholung Stunden der Ermüdung für mich wurden, schlimmer als die Stunden des Tages. In Irkutsk mußte ich wiederum sechs Wochen Einzelhaft im Gefängnis zubringen; statt Nahrung gab man mir 15 Kopfen pro Tag, eine Summe, die gerade dazu hinreichte, zwei Pfund altgedamten Roggenbrodes zu kaufen; die mir von Verwandten zugesandten Gelder wurden zurückerhalten!

Von Irkutsk schickte man mich nach der 300 Werst entfernten, abseits der Land- und Poststraße am Flusse Angara gelegenen Stadt Balaganosk. Der Name „Stadt“ ist durchaus nicht im europäischen Sinne zu verstehen. Balaganosk ist ein Dorf von etwa 200 kleinen Häusern, hat weder Post noch Telegraphenstation. Es wird nur deshalb Stadt genannt, weil es einen Ispravnik (Polizeichef), eine Polizeiabteilung, sowie mehrere speziell zur Bewachung der Verbannten bestimmte Gendarmen beherbergt. Die eingeborene Bevölkerung, einfache, bestimmte Bauern, beschäftigt sich nur zum Theil mit Ackerbau, zum größten Theil lebt sie von der Jagd. Jedem neu ankommenden Verbannten wird sogleich eröffnet, daß er verpflichtet ist, sich bekändig in dieser „Stadt“ anzuhalten, daß er auch nicht einen Schritt aus ihrem Rayon heraus unternehmen darf, daß er ohne vordergegangene Erlaubnis des Ispravnik weder Briefe schreiben noch erhalten, weder Zeitungen noch Bücher empfangen darf, daß ihm der Besitz von Waffen unterlagt ist, daß er keine Beschäftigung wählen darf, welche ihn mit der einheimischen Bevölkerung in irgend welche Berührung bringt, daß er aber — und nun kommt das Beste — von dem Vorhergehenden abgesehen, „vollständig frei“ ist.

Wie sollte ich mir die nöthigen Lebensmittel beschaffen, auf welche Weise mich ernähren? Die menschenfreundliche Behörde liefert dem Verbannten nur gerade soviel Geld, als er für den Ankauf von Brod bedarf, sonst aber überläßt sie ihn seinem Schicksal.

Unterhalb Jahre hatte ich in Balaganosk mein Dasein gefristet, als es der Behörde einfiel, mich noch weiter zu befördern, und zwar in eine in jeder Beziehung unglücklichere Gegend, nach der 300 Werst von Irkutsk entfernten, am Ufer der Lena gelegenen Stadt Vercholsk. Es war dies ein Nachsatz für die gelangene Flucht eines anderen Verbannten, der ebenfalls in Balaganosk detinirt war. Obwohl der Bezirksarzt bescheinigte, daß die Lebensbedingung mir das Leben kosten könne, da ich kaum angefangen hatte, mich von einem schweren Typhus zu erholen, und außerdem am hochgradigsten Stadien litt, so wollte die Behörde doch von alledem nichts wissen, sondern seyte ihren Willen ohne jede Rücksichtnahme durch. — Ich war kaum an meinem neuen Aufenthaltsort angelangt, als die Nachricht von der Abdung Alexander II. eintraf; ich, sowie die übrigen Staatsverbrecher wurden von der Behörde aufgefordert, den — Treueid zu leisten.

Welche Freude! Sie nennen dich Staatsverbrecher, sie schänden dich 7000 Werst weit zu den Wäldern, sie haben dir Heimath und Familie genommen, dich einem langsamen Hungertod überliefert, sie spielen mit deinem Leben wie mit einem Walle — und gleichzeitig stellen sie an dich das Ansehen, einen Treueid zu leisten; du sollst dich eifrig verpflichten, dein Leben für deine Feinde freiwillig zu opfern, du sollst dich selbst den Diener deines Feindes nennen! Diesen jedem Gefühl von Menschenwürde höhnsprechenden Eid fordern sie dir ab unter Androhung noch größerer Qualen im Weigerungsfalle!

Selbstverständlich wies ich den Treueid ohne Weiteres zurück!

Darauf kommt nach Verlauf von einem halben Jahre der Befehl, mich 4000 Werst weiter nach Norden zu transportieren, nach Kolumsk, dem äußersten von Menschen bewohnten Orte in Nordosibirien, jenseits des Polarreifes, wohin selbst Nordenstid sich nicht wagen durfte! — Diese unmenschliche Maßregel nun bewog mich, unter Zustimmung und auf Wunsch meiner am Ort befindlichen Leidensgenossen, mich aus dem Joch zu befreien: Ich entfloh.

Die Behörde von Irkutsk geriet bei der Nachricht von meiner Flucht ganz außer Fassung, vier Jahre lang war das Opfer in ihren Händen gewesen, und nun auf einmal ein gelangener Fluchtversuch! Eine unbeschreibliche Hetsjagd wurde in Syene gesetzt, hunderte von Exemplaren meiner Photographie wurden nach allen Richtungen verschickt, ein Preis von 600 Rubeln dem, der mich ergreifen würde, versprochen — Alles

vergebens, es gelang mir, allen Nachforschungen mich zu entziehen, ich entkam.

Freilich war die Rückreise nicht leicht: 7 Monate brauchte ich allein dazu, unerkannt von Irkutsk bis nach Moskau zu gelangen. Es war Winter, ich riskierte, im Walde der Kälte zu erliegen; in Tomsk, der Hauptstadt von Nordosibirien, mußte ich u. A. drei Tage lang absolut ohne Nahrung zubringen, erst am vierten Tage gelang es mir, meine Milge zu verzehren und für den Rest Brod zu kaufen.

Die durchaus nicht uninteressanten Einzelheiten der Flucht und der Rückreise müß ich vorläufig nicht näher angeben, da ich keine Lust habe, der russischen Polizei, wenn auch unfreiwillig, Dienste zu erweisen.“

Verbrecher-Album.

Wir setzen heute einen Preis aus, nicht einen Preis auf den Kopf irgend eines Verbrechers, denn erstens sind wir noch nicht so weit, zweitens dürfte der Kopf der Verbrecher, mit denen wir es zu thun haben, in den meisten Fällen nicht zu finden sein, drittens sind die Burschen mit oder ohne Kopf keinen Preis werth; und viertens können wir ihnen auch ohne Preisansetzung die verdiente Strafe verabreichen, wir bieten also keinen Preis auf, sondern einen Preis für eine der Herten unseres Verbrecher-Albums!

Verbrecher-Albums!

(Sind wir nicht sehr gute und großmüthige Leute? Bedenkt Euch, Ihr — nun, wir wollen heut parlamentarisch sein, und Euch nur einen Strich als Ehrenmittel geben — ein Strich bedeutet etwas in guter Gesellschaft und unter anständigen Menschen Unannehbares, Unausprechliches). Ein Preis für eine der Herten unseres Verbrecher-Albums, ein Preis für

Herrn Polizeirath Holly in Halle.

Herr Polizeirath Holly — nein: von Holly, wir bitten diejenigen Bürger um Verzeihung, die sich durch Verletzung des Herrn Polizeiraths in den Bürgerstand etwa beleidigt gefunden haben sollten — Herr Polizeirath von Holly weiß die Ehre, welche ihm durch Aufnahme in unser Verbrecher-Album geworden ist, so wohl zu schätzen, daß er seit einigen Wochen seine gesammte Polizeigarde und obendrein Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um den Verlekker der Skizze vom „Rathhaus zu Halle“ in unserer Nr. 17 zu entdecken. Nicht, daß er gegen den Mann Böses im Schilde führte. Bewahre! Er läßt ihm von vornherein vollste Straflosigkeit zusichern (wörtlich!); aber der Album-Schreiber ist so vorzüglich in die Geheimnisse des „Rathhauses zu Halle“ eingeweiht, daß Herr von Holly keine Ruhe hat, ehe er ihn kennt, und — ihm seine Bewunderung ausdrücken kann. Auf mehr und anderes ist es nicht abgesehen, das sei ausdrücklich wiederholt. Es ist das rechte Interesse, an einer hübschen schriftstellerischen in künstlerischen Leistung, und der Wunsch, ein Talent, das im Verborgenen blüht, in die Öffentlichkeit zu ziehen!

Einzig und allein! Wer dem Herrn von Holly hintergedankt jutraut, thut ihm Unrecht, wie Jeder, der ihm überhaupt Gedanken jutraut. Leider sind die Bemühungen des Herrn von Holly bisher erfolglos geblieben, und da wir den Herten unseres Verbrecher-Albums gern einen Freundschafsdienst leisten, und Herrn von Holly speziell in dieser Sache behilflich sein möchten, so setzen wir ihm hiermit — um seinen und seiner Wurmbeulen Scharsinn zu wecken — einen Preis von

500 — in Buchstaben fünfhundert Reichsmark für Entdeckung des Verlekkers der Skizze „vom Rathhaus zu Halle“ aus,

welche 500 Mark jederzeit von Herrn von Holly nach erfolgter Entdeckung persönlich in unserer Expedition zu erheben sind. Da er vielleicht allerlei Zweifel hat, so sichern wir ihm hiermit feierlich gute Behandlung zu.

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 2. August 1882.

Arbeits-Löhne und Lebensmittel-Preise in Deutschland. Im August vorigen Jahre zu Washington, lesen wir in der „New-Yorker Volkszeitung“, ist ein Bericht des Generalconsuls in Frankfurt eingelaufen, in welchem eine Zusammenstellung der Löhne verschiedener Handwerker und Tagelöhner in dreißig verschiedenen Städten Deutschlands enthalten ist. Die angegebenen Zahlen ergeben, daß die Löhne in den verschiedenen Städten sehr verschieden sind, doch sind die angegebenen Lohnsätze in Süddeutschland im Allgemeinen höher als in Norddeutschland, während umgekehrt die Preise der Lebensmittel in Norddeutschland höher sind als in Süddeutschland. Die schlechtesten Löhne und die höchsten Lebensmittelpreise sind diesem Ausweise nach in Sachsen zu finden.

Die Durchschnitts-Wochenlöhne in den dreißig angeführten Städten sind folgende:

Für Bau-Polierer (Vormänner) Doll. 4,96 (M. 21,08), für Gesellen Doll. 3,53 (M. 15.—), für Tischler Doll. 3,62 (M. 15,38), für Schlosser Doll. 3,61 (M. 15,34), für Schneider 3,68 (M. 15,64), für Schuhmacher Doll. 3,17 (M. 13,47), für Tischler Doll. 4,50 (M. 19,12), für Maschinenweber Doll. 2,94 (M. 12,49), für Wollenspinner Doll. 4,42 (M. 18,78), für geschickte Fabrikarbeiter Doll. 3,98 (16,92), für Gartenarbeiter Doll. 2,68 (Doll. 11,39) für Feldarbeiter Doll. 2,46 (M. 10,46).

Demgegenüber sind die durchschnittlichen Nahrungsmittelpreise: Roggenmehl Doll. 3,60 (M. 15,30), Weizenmehl Doll. 4,60 (M. 19,55), Kartoffeln 61 Cents (Doll. 2,59) für den Zentner, Rindfleisch 13 Cents (55 Pf.), Schweinefleisch 15 Cents (61 Pf.), Hammelfleisch 12 Cents (51 Pf.), Speck 19 Cents (81 Pf.) das Pfund. Miethe für zwei Zimmer und Küche pro Monat durchschnittlich Doll. 2,35 (M. 9,99), für drei Zimmer und Küche Doll. 4,10 (M. 17,42).

Traurig, wie diese Angaben die Lage der deutschen Lohnarbeiter erscheinen lassen, stellen sie doch die Verhältnisse noch weit günstiger dar, als sie in Wirklichkeit sind. Die Ergebnisse der vom Reichstagsabgeordneten und Anwalt der deutschen Gewerkschaften Dr. Max Hirsch regelmäßig veranstalteten Lohnstatistiken der Gewerkschaften zeigen nämlich, daß der Verdienst der deutschen Arbeiter, wenn nicht in allen, so doch in vielen Geschäftszweigen noch ein beträchtlich geringerer ist. Und sie erweisen ferner, daß in den letzten Jahren die deutschen Lohnverhältnisse sich im Ganzen nicht verbessert, ja zum Theil verschlechtert haben.

Allerdings zeigen einige Gewerke und Orte auch Erhöhungen, diese bilden aber Ausnahmen, insofern der Lohn kein ständiger ist, sondern 3. B. im Sommer mit längerer Arbeitszeit auch höhere Löhne eintreten. Bei den Stahlarbeitern in Suhl ist das Lohnminimum von 6 Mark auf 3—4 Mark (72—96 Cents) w o h e n t l i c h bei durchschnittlich 3 w ö h n l i c h e r Arbeitszeit herabgesunken! Wer sieht man auch von diesen Mindestbeträgen als möglicherweise nur vereinzelt Ausnahmen bildend ab, so erblicken wir in der maßgebenden Rubrik der durchschnittlichen Löhne mehrschal Wochenverdienste von 6 M. (Doll. 1,44); 3 B. bei Fabrik- und Handarbeitern, Stahlarbeitern, Schuhmachern; M. 5,40 (Doll. 1,30), bei Bergarbeitern und M. 5.— (Doll. 1,30) bei Fabrikarbeitern.

Man vergegenwärtige sich, was Arbeiterfamilien für solche Löhne, die oft nicht einmal das ganze Jahr hindurch eingenommen werden, sich an notwendigen Lebensmitteln anschaffen können! In der Unfallversicherungsvorlage der deutschen Regierung ist ein Jahres-Durchschnitts-

Lohn der deutschen gewerblichen Arbeiter von 750 M. (180 Doll.) angenommen und erklärt, daß ein solcher Lohn nur ausreichte zur Befreiung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Fünf, bezw. sechs Mark Wochenlohn machen aber selbst bei voller Beschäftigung das ganze Jahr hindurch nur 300, bezw. 312 Mark, also noch lange nicht die Hälfte des angeblichen Durchschnittsverdienstes.

Welche Nothlage spricht sich in diesen Ditteln aus! Sie machen es begreiflich, daß die Auswanderung aus Deutschland immer größer wird und lassen keinen Zweifel darüber, daß sie noch viel stärker sein würde, wenn nicht der geringe Verdienst es der großen Masse der Arbeiter unmöglich machte, die erforderlichen Reisekosten zu erschwingen.

— Wo wandert der Nationalreichthum hin? In unserer vorigen Nummer haben wir diese Frage an der Hand der preussischen Steuerlisten beantwortet. Heute liegen uns einige Zahlen aus der sächsischen Steuerstatistik vor, welche die Frage zwar nicht direkt beantworten, welche aber, mit bekannten Thatsachen zusammengehalten, für jeden, der hören will, eine nicht minder vernünftige Sprache führen.

Während es bekannt ist, und erst im letzten Jahre in verschiedenen sächsischen Distrikten offiziell konstatiert wurde, daß die Lage des industriellen Proletariats in Sachsen von Jahr zu Jahr eine schlechtere geworden ist, erweisen, wie die konserativen „Dresdener Nachrichten“ triumphirend melden, die sächsischen Steuerlisten, daß das Gesamteinkommen im Königreich Sachsen um 97 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark gesunken sei. „Das bedeutet im Durchschnitt“, legt das Organ des Herrn Bierer hinzu, „auf den Kopf der Bevölkerung alljährlich 40 Mark; die Familie, zu fünf Köpfen angenommen, hat also jetzt 200 Mark im Jahre mehr zu verzehren, als vor vier Jahren.“

Schamloser hat wohl noch nie ein Blatt das Volk angelogen, als dieses edle Partikularistenorgan. Demselben Volke, dessen Feind sprichwörtlich geworden, bei dem der Nothstand Reges, der Hunger ein alltäglicher Gast ist, für das noch im vergangenen Jahre die Sammelbüchse geschwungen werden mußte, mag es ins Gesicht von einer Beirung zu prüfen, die allerdings hätte stattfinden sollen, die aber nicht stattgefunden hat. Ja, die Steigerung des Nationalreichthums hat stattgefunden, aber der ganze Mehrertrag ist in die Taschen der Herren Ausbeuter gewandert, die Schutzvälle haben die Köpfe der Herren Fabrikanten bereichert, und das Volk hat das Nachsehen. Und wie zum Hohn jähert der Syphobant der Ausbeuterklasse nach der obigen direkten Unwahrheit folgendermaßen fort:

„Jenes Ergebnis der Einkommenssteuer aber stellt dem sächsischen Volke auf's Neue ein glänzendes Zeugniß seiner Veranlagung aus. Wir Sachsen sind nicht eben bloß „gemüthlich“; Fleiß, Arbeitsamkeit, Genügsamkeit, Sparsamkeit, eine nimmer rastende Energie sind nicht minder hervorragende Eigenschaften unseres Volkes. Wie sauer ist nicht die Mehrzahl jener Million demarbeitenden Volke geworden. Wie viel Schweiß fließt an ihnen!“

Ja wohl, Herr Bierer, wie sauer sind jene Millionen dem arbeitenden Volke geworden! Und nicht nur wie viel Schweiß, auch wie viel Blut, wie viel vernichtete Menschenleben, wie viele jerrüttete Gläubigkeiten fließen an ihnen! Und von all' diesen sauer erarbeiteten Millionen hat das arbeitende Volk nichts zu sehen bekommen, seine Lage hat sich verschlechtert, die 200 Mark pro Familie sind ihm weggestamort worden, während es hungert und darbt. Der Nationalreichthum ist gesunken, aber seine ganze Vermehrung ist in die Taschen der Reichen gewandert, während die Armen noch ärmer geworden sind.

Wenn die Herrschaften doch noch soviel Scham hätten, öffentlich davon zu schweigen und nur in vertrauten Freundeskreise sich begeistert auf die letzten Bänke zu klopfen! Aber so sehr ist ihnen der Kamm geschwollen, so haben sie es verstanden, das Volk abzurufen, daß sie sich auf offenem Markte ihres Raubes beifügen und das hungrige Arbeitstier mit den Schmeichelworten: „Braves Arbeitstier, bist „genügsam, sparsam“ und hast eine „nimmer rastende Energie!“ abfüttern, ihm eine volle Krippe vorlegen dürfen.

Treueid's nur so weiter! Auch die Geduld des Geduldigsten nimmt einmal ein Ende.

Die Sozialdemokratie und die ägyptische Frage. Der Fehlschlag der Kämpfer gegen die Verbannten, wie wir die im Interesse der goldenen Internationale unternommene ägyptische Expedition Englands nannten, hat zwar die Billigung des „europäischen Konzerts“, d. h. der verschiedenen Regierungen erfahren, dagegen sind die Völker ebenfalls einmüthig in der Verwerfung desselben. Die Arbeiterpresse aller Länder ist in der Beurtheilung der brutalen Unterdrückung eines seiner Brüder sich erweisenden Volkes durchaus einig, und wo es ihnen möglich ist, erheben die Arbeiter ihre Stimme, um gegen die im Namen der „Civilisation“ verübten Barbareien zu protestieren.

Der Anfang machten diesmal die sonst so bedächtigen englischen Arbeiter. Mehr als hundert Arbeitervereine haben gegen den allzu „liberalen“ Regierung Protest eingelegt. Sie, deren nationalen Sinn die Bourgeoisiepreffe so gern hervorhebt, haben gezeigt, daß sie von jenem falschen Patriotismus, der jede Injanie gutheißt, die im Namen der eigenen Nationalität unternommen wird, nichts wissen wollen, daß sie mit den ägyptischen Bestrebungen der englischen Ausbeuter nichts gemein haben.

Jenen folgten unsere französischen Genossen. In Paris fanden am 29. und 30. Juli zwei große Meetings statt, deren Tagesordnung die Stellung der Sozialisten zur ägyptischen Frage bildete, das eine organisiert von den sogenannten „Guesdisten“, unter der Mitwirkung von Louise Michel, das andere unter der Mitwirkung des Deputirten Alois Hughes von dem Föderationsverband (für Mitteleuropa) der Arbeiterpartei.

Am dem ersten Meeting, das nach dem „Citizen“ von mehr als 3000 Personen besucht war, wurden, nachdem Paul Lafargue, Jules Guesde, Louise Michel und Andere gesprochen, vier Resolutionen angenommen, die mir ihrer prinzipiellen Bedeutung halber hiermit im Auszug folgen lassen.

Die erste Resolution führt aus, daß es lediglich das Frankreich der Ausbeuterklasse sei, nicht aber das in Stadt und Land arbeitende Frankreich, welches in Egypten Interessen zu wahren habe, daß wenn die französische Kolonie in Egypten sich habe flüchten müssen, dies die Folge der anglo-französischen Kontrolle sei, die in Wahrheit nur eine organisierte Betrügnerei der europäischen Geldhändler am ägyptischen Volke gewesen ist; daß eine bemessene Intervention zu Gunsten der Nothleidenden und anderer Wucherer des Reiches nur Beifälle zur Straßentrübnerei wäre; und demgemäß erklären die Versammelten, daß sie 1) sich den Protesten der englischen und italienischen Arbeiter gegen das ebenso feige wie grausame Bombardement Alexandriens anschließen; und 2) jede bewaffnete Intervention von Seite der französischen Republik verdammen, da sie nichts wäre als ein Vergießen von Proletarierblut im Dienste des hohen französischen Strauchritterthums.

Die zweite Resolution verweist im Allgemeinen die von der Bourgeoisie im Interesse der Ausbeutung über der Finanz angezettelten Kriege, die wenn sie sich gegen kleine Länder richten, nichts seien, als die organisierte Wegelagererei, sowie, da die Bourgeoisie immer mehr darauf ansehe, den nationalen Diebstahl durch den internationalen zu vernechten, im Besonderen die politische Herrschaft der Bourgeoisie.

Die dritte Resolution erklärt zunächst, daß die Nationalpartei, welche sich in Egypten gebildet hat, einer Phase entspricht, welche alle Völker auf ihrem Entwicklungsgange durchmachen müssen; daß die Forderung

dieser Partei, den Theil des ägyptischen Budgets zu beraten, der nicht die auswärtige Schuld betrifft, und zu diesem Behufe Delegationen in den Ministerrath zu entsenden, nur einen Theil des Budgetrechtes ausmacht, welches alle nationalen Verträge genießen, und um dererwillen die englische und französische Bourgeoisie mehrere Revolutionen gemacht haben; daß die Nationalpartei, selbst wenn sie diese auswärtige Schuld als eine von Anbeginn an wucherische für nichtig erklärte, nur einen Akt der Gerechtigkeit vollziehen und der französischen Arbeiterpartei einfach vorangehen würde, deren erster Akt, wenn sie aus Kader kommt, gerade darin bestehen würde, dem schändlichen Diebstahl, den die sogenannten Staatsschuld darstellt, ein Ende zu machen. Sie erklärt ferner, daß die Nationalpartei und deren Führer Krabi Pascha, indem sie der Gewalt die Gewalt entgegenstellen, sich ihrer großen Aufgabe würdig zeigen, weshalb die Versammlung ihre Sympathie mit der Nationalpartei und deren Führer ausdrückt, indem sie ihnen einen baldigen Triumph wünscht.

Die vierte Resolution lautet:
„In Erwägung, daß nach einer nicht widerlegten Nachricht zwei Kämpfer des 18. März 1871 ihre Dienste der Sache der Ägypter zur Verfügung gestellt haben sollen,

Begünstigung der Versammlung diese Bürger wegen ihrer hohen Befähigung der internationalen Solidarität, welche für die Festschließung an den Ufern des Nils dasselbe thut, was die Frankel, die Brodowski, die Cipriani und andere tapfere Internationale 1871 für die Proletarier an der Ufer der Seine gethan.“

Auch die Versammlung des Federativverbandes war trotz drückender Hitze sehr gut besucht. Die Redner, welche in gleichem Sinne wie die der obigen Versammlung sprachen, erzielten lebhaften Beifall.

In Italien haben ebenfalls verschiedene sozialistische Versammlungen gegen die Unterdrückung der Ägypter unter das Doppelschloß der europäischen Bucherer und der türkischen Herrschaft protestirt. Noch bemerkenswerther erscheint uns die Thatsache, daß eine große Anzahl von in Ägypten lebenden italienischen sozialistischen Arbeitern, wie dem „Avanti“ aus Tanta und der „Neb“ aus Kairo übereinstimmend gemeldet wird, sich der ägyptischen Armee angeschlossen haben. Daß dies überhaupt möglich ist, beweist, daß der Haß der Russländer nicht gegen die Europäer als solche, sondern gegen die Europäer als Ausbeuter und Unterdrücker gerichtet ist.

Die Führer der jetzigen Bewegung wissen sehr wohl, daß sie auf die Dauer einer europäischen Invasion nicht gewachsen sind; worauf es ihnen hauptsächlich ankommt, ist also, für ihr Land erträgliche Zustände zu erkämpfen, das dreifache Joch der Ausbeutung durch den Sultan, den Khebidve und die goldene Internationale zu brechen. Wenn sie vorübergehend mit der Fortie in Verbindung standen, war das lediglich Schuld der europäischen Kontrolleure, die den Khebidve mit aller Gewalt unterstülzen. Deren Klienten brauchen den Absolutismus, den sie zu Hause verabscheuen, weil sie bei dessen Finanzwirtschaft bessere Geschäfte machen. Sie selbst wollen natürlich bei jeder Gelegenheit dem Khebidve dreinreden, das ägyptische Volk aber soll geduldig und ohne Murren Alles über sich ergehen lassen, was der in ihren Klauen befindliche Khebidve beschließt.

Und diesem ungeliebten Zustand, zu dem nach der korrumpirten Einfluß des Sultans hinzukommt, sollen wir Fortdauer, beim Wiederherstellung wünschen? Nein und tausendmal nein! Und wäre Krabi-Pascha wirklich nur ein ehrgeiziger Abenteuerer, wie die Offiziere der Weltmächte behaupten, die übrigen diesen Ehrentitel jedem Volksmann an den Hals werfen, die Thatsache, daß das ägyptische Volk ihm in hellen Haaren zuläuft, beweist, daß die Sache, die er vertritt, eine gute ist; und wenn es der von ihm geführten Bewegung nur gelingt, aus der oben gekennzeichneten Dreieinigkeit einen Faktor herauszubringen, so soll man gleichgültig sein, ob er aus Ehrgeiz oder aus lediglich reinen Motiven gehandelt hat. Wir haben es mit der Sache und nicht mit der Person zu thun, und die Sache, für welche Krabi eintritt, hat unsere volle Sympathie.

— Lehmann und Pieske. Aus Ems wird der „Badischen Landeszeitung“ unterm 14. d. M. geschrieben (und von der gesammten wohlgesamten Presse Deutschlands nachgedruckt): „Gestern vor acht Tagen kam der Kapellmeister des Königs-Grenadier-Regiments, Musikdirektor Pieske, aus Frankfurt a. O. zum Kurgebrauch hier an. Als der Kaiser Freitag Morgen das erste Glas Brummen zu sich genommen hatte, bemerkte derselbe Pieske, den mit 14 Orden geschmückten Komponisten, dem wir den Däppler Schanzensmarsch verdanken. Raschen Schritts eilte der Kaiser Pieske entgegen, und nun entspann sich folgendes Gespräch: „Nun Pieske, wozu seid Ihr denn hier?“ „Zur Kur, Majestät.“ „Ach was, so ein junger Mann und schon die Kur gebrauchen. Wo seht's denn?“ „Majestät, ich bin brustleidend.“ „Nun, dann mach's ordentlich“, entgegnete schließlich der Kaiser, „wir müssen noch lange zusammen sein!“ — Fernjähiges Antlitz setzte der an Jahren vorgegrähte, allgemein beliebte Musikdirektor Pieske die Promenade fort.“

Das die neueste „Kaiseranecdote“. „Wir müssen nach lange beisammen sein!“ Noch lange? Und schon 85 Jahre alt! Wer denkt dabei nicht an das jamose Wort, das ein Vorfahr des alten Wilhelm, der „große“ Friedrich in der Schlacht bei Bornhörd „seinen“ Soldaten zurief, als sie ihm das Bergnügen und die Ehre, für den Ruhm „ihres“ Königs todtgeschossen zu werden, nicht genügend zu würdigen schienen? „Kanaken, wollt Ihr denn ewig leben?“ — Was aber den hieheren Pieske betrifft, so glauben wir allerdings, daß derselbe mit 14 Orden auf der Brust in der That sehr brav krank ist.

— Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Aus München wird folgende von weiser Fürsorge der betreffenden Behörden zugehende Verfügung gemeldet:

„Während bisher die Gerichtsaktenportier nur gehalten waren, bei Verbrechensfällen wider die Sittlichkeit mit dem übrigen Publikum den Sitzungssaal zu verlassen, haben dieselben sich nunmehr auch dann zu gleicher Zeit mit den Neugierigen und Bummelern zu entfernen, wenn Vergehen der Majestätbeleidigung zur Abhandlung kommen. Nach Ansicht des Herrn Staatsanwaltes würde man den Vertretern der Presse in solchen Fällen die Anwesenheit gestatten, eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten!“

Einige Blätter sehen in dieser Verfügung eine weitere Beeinträchtigung der Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens. Möglich, wenngleich auch die andere Lesart zulässig ist, daß bei den allerdings nicht sehr respektvollen Nachreden, welche über den Mondscheinschwärmer Ludwig im Schwunge sind, es wirklich zweifelhaft ist, ob sie den Begriff der Majestät oder die öffentliche Sittlichkeit mehr untergraben. Die Welt ist ja so schlecht!

— Wie sich die Kapitalbezieher rächt. Aus Augsburg wird geschrieben, daß nachdem der Weberstreik, wie seiner Zeit berichtet, im Ganzen mit einer Zurückweisung der Ausbeuterpräsumtionen geendet hat, circa 50 Weber, meist Väter starker Familien, auf das Pfaster geworfen sind. Die früheren Prinzipale derselben weigern sich nämlich rundweg, ihnen Arbeitszeugnisse auszuverleihen, während die anderen Fabrikanten auf Grund eines Paragraphen der in Augsburg bestehenden Fabrikantenkoalition, wonach es bei hoher Konventionalstrafe verboten ist, Arbeiter aus einer anderen Fabrik ohne Entlassungszeugnis einzustellen, sie nicht aufnehmen wollen, resp. „dürfen“. Alle Schritte, welche die Arbeiter bisher gethan, um die Zeugnisse zu erhalten, waren fruchtlos. Die Regierung von Schwaben und Neuburg, an welche sie sich gewendet, erklärte, sie könne in dieser Angelegenheit nichts thun, — sie ist ja nur dazu da, die Arbeiter durch allerhand Chikanen, Verbote u., nöthigenfalls durch Gendarmen „zur Reize zu bringen.“ Um einen letzten Versuch zu machen, haben sie sich jetzt, wie man der „Frankfurter Tagespost“ schreibt, an den Minister des Innern gewendet. „Ist auch“, sagt der Korrespondent hin, „dieser Schritt, wie zu erwarten

steht, erfolglos, so sind die Männer, die tren und redlich ihre Familie ernährten und dem Staate gute Bürger waren, gezwungen, Heimath und Familie zu verlassen und in der Fremde ihr Brod zu suchen. Sie selbst werden durch böhmische Arbeiter ersetzt werden und die Geschichte eines Streikes hat ihr ebenso süßes, als tragisches Ende gefunden.“

Wir wissen nicht, ob die beiden Gedankenreife von dem Korrespondenten oder von der Redaktion herrühren, jedenfalls sind sie sehr am Platze. Möchten sie nur von allen Lesern dieser Zeitschrift begriffen werden! Möchten dieselben aus dem „tragischen Ende“ dieses Streiks die nöthigen Konsequenzen ziehen, aus ihm jenen Haß gegen das infame Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem der heutigen Bourgeoisgesellschaft einsaugen, der unauflöslich im Herzen fortlebt, der nicht rastet und nicht ruht, bis sein Ziel erreicht ist, bis das System und seine Träger beseitigt sind!

— Rechtsstaatliches aus Baden. Der Prozeß gegen die Sozialisten in Pforzheim hat damit geendet, daß unsere Genossen Dittus und Ställe, sowie des letzteren zweieinundsichtig-jährige Ehefrau zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt wurden, während unsere Genossen Lehmann und Schachinger zu ihren früheren Strafen noch eine Zusatzstrafe von 7 Tagen Gefängniß erhielten. Die „Rheinländer“ wurden freigesprochen; wie man uns schreibt, jedenfalls mit Rücksicht auf den Denunzianten, der pro forma ebenfalls mitangeklagt war!

— Aus Leipzig, den 22. Juli schreibt man uns: Die Genossen Apitzsch und Kausche haben ihre Strafe richtig „abgelesen“ und sind auch richtig „abgeschickt“ worden; Genosse Künzler, der noch drei Wochen zu sitzen hat, ist gegen eine Kaution von tausend Mark aus dem Gefängniß entlassen worden, um das Resultat der von ihm eingeleiteten Revision abzuwarten. Hätte er die 1000 Mark nicht anbringen können, so hätte er die Strafe voll verbüßen müssen und wäre dann vielleicht hinter nach freigesprochen worden. Für sein Recht der Revision und Appellation hat also Künzler 1000 Mark bezahlet müssen.

Und da thut man entsetzt über gewisse fremde Länder, in denen die Justiz nur für Geld feil sei. Ist es bei uns etwa besser und anders? Um Schlichtes zu finden in Staat und Gesellschaft brauchen wir Deutsche nie „in die Ferne zu schweifen.“ Beiläufig ist Künzler von seiner Untersuchungshaft nur ungefähr ein Drittel angerechnet worden. Die übrigen zwei Drittel hat das Gericht ignorirt. Dieses Nichtanrechnen der Untersuchungshaft, außer in Fällen, wo nachweisbar schändliche Verschleppung vorliegt, ist einer der ärgsten Standale unserer Rechtspflege, die freilich an Standalen keinen Mangel hat. Der Richter kann ganz nach Belieben die Untersuchungshaft voll, theilweise oder gar nicht anrechnen; nur in den seltensten Fällen wird sie voll angerechnet, und doch steht es fest, daß die Untersuchungshaft wegen der peinigen Unergründlichkeit und aus anderen naheliegenden Gründen an sich ungleich härter ist als die Strafsaft.

Ih sagte vorhin, Künzler werde vielleicht in letzter Instanz freigesprochen werden. Ueber das „vielleicht“ hat wohl Mancher gelacht und gemeint, ich sei doch ein rechter Optimist! Nun — für diesen Optimismus kann ich wenigstens „mildernde Umstände“ plaidiren — Künzler, gleich seinen Mitverurtheilten, ist nämlich nicht bloß unschuldig, sondern hat auch die Beweise seiner Unschuld, die vorzubringen man ihm bisher nicht gestattet hat.

Die Geldsammlung, um welche es sich handelt, ist in der That — unter Rücksichtnahme auf die bekannte Gerichts- und Polizeipraxis — ausdrücklich bloß für die Familien der Ausgewiesenen vorgenommen und auch der Ertrag ausschließlich für die Familien der Ausgewiesenen verwendet worden — obgleich es natürlich auch kein Verbrechen gewesen wäre — außer in den Augen eines Barbaren oder Hallunken —, wenn für die Ausgewiesenen direkt gesammelt worden wäre. Viele der Letzteren besaßen sich leider, wie das ja zu erwarten und von unseren Feinden auch beachtet war, in dem ärgsten Stand. Man weiß ja, wie schwer es an sich heutzutage ist, Arbeit zu bekommen, und nun denke man an die systematische Verfolgung, der unsere geachteten Genossen seitens der Polizei ausgeht sind. Ueber gemeine Verbrecher, Spitzhaken und sonstigen Gesindel wird mitunter laut Strafgesetz durch Richterspruch die polizeiliche Ueberwachung verhängt. Es ist dabei aber ausdrücklich der Polizei vorgeschrieben, daß sie die Ueberwachung in einer Weise anzustellen hat, die nicht auffällt und nicht geeignet ist, den Ueberwachten in seiner gesellschaftlichen Stellung und seinen Erwerbverhältnissen zu schädigen. Ein Polizist, der zum Beispiel zum Arbeitgeber, welcher einen gefällig Ueberwachten angestellt hat, geht und ihm sagt: „Der Mann, den Sie da in Arbeit genommen haben, hat gegen Diebstahl u. d. g. gestiftet“ — ein solcher Polizist wird bestraft, und zwar von Rechtswegen.

Anderes aber ist die Praxis des Sozialdemokraten gegenüber. Der Sozialdemokrat, der keinen gemeinen, wohl aber des viel größeren Verbrechens sich schuldig gemacht hat, den gemeinen Verbrechern, Spitzhaken und sonstigen Gesindel den Krieg auf Leben und Tod erklärt zu haben, wird deshalb, von den anderweitigen Verfolgungen und Maßregelungen hier abgesehen, unter polizeiliche Ueberwachung gestellt — und das nicht durch Richterspruch (was freilich auch keine nennenswerthe Garantie, sondern durch den Ullas irgend eines Polizeipascha's; und diese Ueberwachung wird in der rückfälligsten und niederträchtigsten Weise so angelegt, daß die Schädigung der gesellschaftlichen Stellung und der Erwerbverhältnisse geradezu als Zweck erscheint. Unsere Ausgewiesenen werden durch die Polizei systematisch außer Brod getrieben und der Existenzmittel beraubt. Es ist dies einer der infamsten Auswüchse des infamen Sozialistengesetzes. Vergangene Woche hat die französische Nationalversammlung die Entschädigung der Opfer des Staatsstreikes vom 2. Dezember 1851 beschlossen — wofür, wenn die Zeit kommt, wo wir im Stande sind, mit unseren Verfolgern in's Gericht zu gehen, werden wir — neben der kriminellen Bestrafung der Schuldigen — auch die Entschädigung der Opfer fordern. Nur nicht aus der Tasche des Staates — was eine arge Inkonsequenz —, nein, aus der Tasche der Schuldigen selbst, die uns persönlich verantwortlich und haftbar sein sollen. Der „Sozialdemokrat“ hat diesen Gedanken schon ausgesprochen — mögen die Genossen allermüths sich mit ihm vertraut machen!

Zur Illustration unserer Polizei eine kleine Anekdote. Seit 10 Tagen inquirirt unsere Polizei, deren Scharfzinn mit ihrer Wüßbegierde unglücklicherweise — oder glücklicherweise, je nachdem — nicht gleichen Schritt hält, nach einem Fäßchen Bier, das anfangs voriger Woche, Sonntag oder Montag, in Borsdorf getrunken worden sein soll. Statt des einen Fäßchens Bier, das sie suchte, fand die Polizei zwei Fäßchen, jedoch beide leer, und dieses Uebermaß von Erfolg hat ihre Kopfschmerzen beträchtlich vermehrt. Welches war das richtige Fäßchen und welches das falsche? Welches wurde sozialdemokratisch getrunken und welches sozialdemokratisch? Die hieheren Offenbacher Wähler, die ihrem Abgeordneten ein Fäßchen zur Stärkung nach den parlamentarischen und nicht parlamentarischen Strapazen der letzten Monate zum Präsent machten, werden gewiß sehr stark Bewußtseinsbisse empfinden, wenn sie erfahren, daß ihr Fäßchen zwar nicht denen, die es getrunken, aber doch anderen Leuten entscheidliche Kopfschmerzen und obendrein der guten Stadt Leipzig ein paar hundert Mark für polizeiliche Recherchen gekostet hat.

Das arme deutsche Reich, das von einem Fäßchen Offenbacher Bier bedroht ist! Daß ihr Bier so stark, das hätten die Offenbacher bisher sicherlich nicht geglaubt.

— Aus Nürnberg erhalten wir eine mit fünf Unterschriften versehene Zuschrift, in welcher die Unterzeichner gegen einige in der Nürnberger Korrespondenz in Nr. 23 des „Sozialdemokrat“ enthaltene Angriffe Verwahrung einlegen. Der gegen einen der Unterzeichner erhobene Vorwurf des eigenmächtigen Verfahrens bei Vertheilung der zu sammung sei nicht berechtigt, das Geld sei vielmehr nach der Kopfhalt der Familienangehörigen der betr. Ausgewiesenen vertheilt worden. Dem Kofberg habe der Vortreffliche allerdings 20 Mark im Voraus gegeben, da derselbe auf Arbeit wartete, sich aber bereit erklärt, diese Summe eben aus eigener Tasche zu vergüten, was von der überwiegenden Majorität nicht angenommen worden sei.

Die Bemerkung, daß die Unterzeichneten in Wirtschaft und Fabriken für die „Freiheit“ agitiren, sehe einer Denunziation so ähnlich wie ein Ei dem andern. (Können wir nicht finden, denn erstens ist in der betr. Korrespondenz kein Name genannt worden und zweitens ist das Agitiren für die „Freiheit“ gar nicht verboten, sondern nur das Verbreiten.)

Die Unterzeichner seien nicht darüber empört, daß man sie überhaupt ausgeschlossen, sondern daß man sie ohne Red' und Gegenrede ausgeschlossen habe. Sie haben über „unsere ehemaligen hervorragenden Parteiführer“ nur die Angriffe wiederholt, welche denselben im „Sozialdem.“ gemacht worden seien. (?)

Schließlich wird unserem Korrespondenten noch der Vorwurf gemacht, er habe die allerdings wahre Mittheilung von einer Denunziation aus Privatruhe „schamlos schlau“ an „vorsehenden Artikel“ angeschlossen, um „natürlich“ bei den anwesenden Genossen „den Muthen zu erwecken, die Denunziation rühre von uns her.“ (Absolut unbegründet, denn die betreffende Mittheilung ist in unserer Korrespondenz in keiner Weise in Zusammenhang mit den Nürnberger Dissidenten gebracht worden.)

Dies der Inhalt der Zuschrift, von deren Veröffentlichung im Wortlaut wir wegen Raummangels Abstand nehmen müssen.

— Sozialistische Presse und Literatur. In Lille (Nordfrankreich) erscheint seit Mitte Juli ein neues sozialistisches Blatt, „Le Forger“ (Der Gabelerflamme). Dasselbe ist frisch und lebendig geschrieben. Wir heißen den neuen Mitstreiter von Herzen willkommen.

Vom Nationalkomite der französischen sozialistischen Arbeiterpartei geht uns das Protokoll des fünften französischen Nationalkongresses von Reims (Oktober 1881) zu, dessen Empfang wir hiermit dankend bestätigen. Das 125 Druckseiten starke Heft enthält außerdem die Resolutionen des Kongresses von Hovre (November 1880), den Bericht der französischen Delegation zum Churer Weltkongreß, das Eintrittsmanifest des Nationalkomites und die Beschlüsse des dritten Regionalkongresses von Mittelfrankreich (Mai 1881). Preis: 1 Frank.

Unser Genosse Skerchled sendet uns seine Broschüre „The Irish Question, Political and Social“, zu, die auf 25 Seiten ein reichhaltiges Material über den irischen Volk begehenden Raub bietet. Stetswies ist selbstverständlich für Unabhängigkeit Irlands und Nationalisierung des Grund und Bodens, und zwar soll die Expropriation in solcher Weise bewirkt werden, daß aller geräubte Boden ohne Entschädigung an das Land zurückfällt, die Besitzer von nachweislich gekauften Boden aber nur den Kaufpreis abzüglich der vom Tage des Kaufes an erzielten Grundrente erhalten — wenn dann überhaupt noch etwas übrig bleibt. —

Unser italienisches Bruderorgan „La Plobo“ in Mailand, welches eine Zeitslang nur Huldig erschienen war, erscheint seit Mitte Juli wiederum wöchentlich, und zwar in theilweise neuer Ausfattung. Glück auf!

— Schweiz. Aus der schweizerischen Arbeiterbewegung sind einige recht erfreuliche Vorgänge zu berichten. Anfang Juli wurden in Bern, der alten Patrierstadt, bei den Großrathswahlen zum ersten Mal zwei Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt. Der eine derselben, Genosse Bächtold, war lange Jahre Mitglied des Bundeskomites des schweizerischen Arbeiterbundes. Diese Wahl hat den alten Parteien gezeigt, daß sie in Zukunft mit der Arbeiterpartei zu rechnen haben werden. Und das ist, wie die Verhältnisse in der Schweiz liegen, eine große Errungenschaft.

Vom 22. bis 25. Juli fand in Zofingen (Kanton Argau) das Centralfest der schweizerischen Grillsvereine statt, welches stets mit einem Kongreß verbunden ist. Die Grillsvereine sind keine ausgesprochenen sozialistischen Organisationen, aber der Geist, in welchem sie geleitet werden, ist ein sozialistischer und ihre Organ, der „Grillianer“, ein wackerer Pionier für die Sache der arbeitenden Klassen. Das Fest war glänzend besucht, von auswärts waren gegen 200 Delegirte eingetroffen. Von den gefaßten Beschlüssen sind zu erwähnen: energisches Eintreten für Erweiterung des Haftpflichtgesetzes und glänzende Verwerfung eines Antrages auf Nichtzulassung von Deutschen in den Grillsvereinen.

Im Kanton Zürich hat bei einer am 30. Juli stattgehabten Wahl die demokratische Partei mit ihrem Kandidaten gesiegt und dadurch die Macht der Liberalen, die seit 1875 ununterbrochen am Ruder waren, empfindlich geschwächt. Im Regierungsrath des Kantons sitzen jetzt drei Liberale und drei Demokraten. Für den vierten Liberalen, den vor Kurzem verstorbenen Regierungsrath Zollinger findet demnach eine Neuwahl statt. Wenn nur der berühmte „konservative Hauch“, der nach den Bismarck'schen Reptilien durch Europa zieht, seine Dienste nicht versagt! Die Schweizer sind in dieser Beziehung lauslich.

Hoffentlich werden in nicht allzulanger Zeit auch in Zürich die Schweiz. Sozialisten ein Wort dreinzureden haben.

Die Organisation der deutschen Sozialisten in der Schweiz macht tüchtige Fortschritte. Die alten Mitgliedschaften kräftigen sich, und auch auf gewerkschaftlichem Gebiete geht es wieder vorwärts.

— Belgien. Aus Brüssel erhalten wir das Programm eines neuen Vereins, „demokratischer Bund“ genannt. Derselbe soll alle Schulen und alle Richtungen der Demokratie in einen brüderlichen Verband vereinigen, gleichzeitig die Furchtamen beruhigen und den Vorgesetzten durch die in ihm enthaltenen Reime zu weiteren Fortschritten Genüge leisten. Die Einladung zu der konstituierenden Versammlung dieses Bundes ist unter Anderen unterzeichnet von unseren Freunden Bertrand, de Paeppe u., sowie von bisherigen Anarchisten: Delfosse, Berruyer u. s. w.

Da wir selbst dem Verhältnisse zu fern sehen; so lassen wir hiermit das durchaus sachliche Urtheil des belgischen Parteiorgans nämlicher Junge, „L'Echo“ folgen:

„Mit Talent und Sachkenntnis zusammengestellt“, sagt L'Echo vom Programm, „verräth es sofort die wackeren und bewährten Geister, die an demselben mitgewirkt. Warum aber das Wort Demokratie und nicht Sozialismus? Sie können doch keine Besorgnisse haben, sie, die alten Vorkämpfer der Volksache? — — — Hoffen sie Bourgeois damit zu fangen? Wenn ja, so wünschen wir ihnen vielen Erfolg, aber wir bezweifeln es. Die Umgebung, in der sie leben, das für „den Fortschritt“ einsetzende Brüssel“ verleitet unsere Freunde. Dort macht sich der offene Klassenkampf noch nicht so geltend wie bei uns. Bei uns gibt es fast keinen Platz mehr für Fortschrittler! — — — Brüssel hat jederzeit hinlänglich talentvolle Advokaten und andere Elemente aus der Bourgeoisie für die Volksache geliefert, aber zu wenig entsprechend entwickelte Proletarier.“

„In einer Zeit, wo die Klassen sich mehr und mehr scheiden, wo die Erkenntnis immer klarer wird, daß wir einen Klassenkampf, nichts als einen Klassenkampf führen — — — da hätten unsere Freunde in Brüssel begreifen sollen, daß ihre erste Pflicht war, sich vor allem an die sozialistische Partei anzuschließen, deren Programm anzunehmen und die für nichtig erachteten Aenderungen beim nächsten Kongreß zu beantragen.“ „Wenn wir somit auch nicht voll und ganz mit ihrem Vorgehen einverstanden sein können, so begrüssen wir doch den neuen Akt unserer

wahrend Freunde als einen Versuch, den Kampf wieder anzunehmen für die Entwicklung des Volkes, für die Erklämpfung längst verdienster Rechte."

Korrespondenzen.

Magdeburg, Anfang Juli. Eine geraume Zeit ist es her, seit wir Magdeburger im Zentral-Organ etwas von uns hören ließen. Wir wollen hier versuchen, das Versäumte nachzuholen. Die letzte Wahlkampagne hat uns wieder so recht gezeigt, daß die Kampfpläne der verschiedenen bürgerlichen Parteien nichts als Wankreden sind, welche sich nur so lange beläutern, als die Sozialdemokratie nicht in Sicht ist. Treten aber wir ernsthaft auf den Plan, so ist diese reaktionäre Gesellschaft sofort einig. Noch mehr, die liberal-sezessionistisch-fortschrittliche Verbrüderung sucht als vierten Gesellschaft gegen uns die Polizei auf.

Es ist hier nicht eine größere Wahlversammlung abgehalten worden, wo nicht vorher einer der Führer das königliche Polizeipräsidium innigst gebeten hätte, ja recht zahlreiche Polizeimannschaften zur beschleunigten Verlesung zu senden. Der „Demokrat“ Nathan machte in diesen Dittagefällen ganz besonders als in seiner Spezialität.

Was Wunder, wenn die Polizei als „Stütze des konstitutionellen Königtums“ recht gern diesen Bitten nachkommt, und der „freie Bürger“ der ehemals freien Stadt Magdeburg, durch den Anblick der bewaffneten Schutzengel an seine Schwäche erinnert, erkennen muß, wie notwendig ein fremdes Regiment ist! Am Eingang des Versammlungsortes postierten sich demzufolge stets eine Anzahl Polizeikommissare und Criminalschergen in Zivil; etwa 40 bewaffnete Schupkeute besetzten den Saal, die Garderobe, Küche und sonstige angrenzenden Räume, und jeder Versammlungsbesucher mußte zunächst diese hohe Wache der Kriminalbeamten passieren.

Wohle dem irgend bekannnten Sozialdemokraten! Bitte Herr R. N., heute ist hier eine fortschrittliche Versammlung, Ihnen als Sozialdemokraten kann ich den Eintritt nicht gestatten, lautet die höfliche Empfangsrede der postierten Kommissarien. Reht! Marsch! Jetzt kommt ein unbekannter Arbeiter. (Trägt ein Halsuch, vielleicht Sozialdemokrat, ist jedoch fortschrittlicher Gewerksamer.) „Sie sind doch kein Fortschrittler!“ hall's ihm entgegen. „O ja, doch.“ „Ach, machen Sie doch keine Geschichten.“ Raus! Zwei Schupkeute und zwei fortschrittliche Komitemitglieder lassen den Verblüfften, ihm noch einen Stoß ins Genick gebend, rückwärtschrittlich auf die Straße gleiten. Draußen stünden die Bewaffneten.

Die Versammlungen selbst waren nie allgemeine, sondern Versammlungen für fortschrittliche, liberale u. Wähler; somit konnte jeder, welcher nicht nach dem Geschma der Einberuher sprach, entfernt werden.

In einer fortschrittlichen Versammlung im Odeum hat vor Eröffnung der Versammlung der Getreidemensch Max Nathan den anwesenden Polizei-Inspektor Krieter, er möge doch seine Schupkeute rings im Saal postieren, damit sie die Ordnung besser aufrecht erhalten könnten. Die Bitte wurde erfüllt und der Saal angeräumt.

Die Bezeichnung Magdeburg ist falsch, richtiger wäre Knechtelburg.

Am Entscheidungstage fiel der nationalliberale Dr. Weber durch, und der fortschrittlich-sezessionistische Büchsemann kam mit unserem Kandidaten Bierack zur Stichwahl. Daß wir der nun sich bildenden Koalition sämtlicher sogenannter Ordnungsparteien unterliegen müssen, war vorauszusetzen. Es gibt hier, wie vielerorts, noch eine große Anzahl Violentier, welche ihrer Klassenlage sich noch nicht völlig bewußt, indifferent dem Kampfe zusehen. Den Dabeingehörenden verdanken wir in erster Linie unsere Niederlage.

Andererseits waren auch, Dank der derzeitigen politischen Situation, die Chancen der Fortschrittspartei überaus günstige.

Unter dem erbetenen Schutze der Polizei konnten die Fortschrittler in kurzer Zeit in allen Teilen des Wahlkreises eine große Anzahl Versammlungen abhalten, während wir, durch das Ausnahmegericht getrieben und fortwährend polizeilich bewacht, nur in je einem Flugblatt in jedem Wahlzuge zu den Arbeitern sprechen konnten.

Das erste Flugblatt, in Braunschweig gedruckt, mußten die Genossen in früherer Nacht aus einem zwei Meilen weit entfernten Versteck holen und durch die polizeilich besetzten Festungsthere in die Stadt schmuggeln. Nur wenige Exemplare der beiden Blätter fielen der Polizei beim Ausstragen in die Hände, obgleich fast alle Straßen von geheimen und bewaffneten Schupkeuten besetzt waren.

Die für unsere Kandidaten abgegebenen Stimmen sind bisher von Wahl zu Wahl geblieben, diesmal waren es 7000; und hoffen wir, durch unablässige Agitation die uns diesmal noch fehlenden 1000 Stimmen baldig zu stellen und zu legen.

Das Nachspiel zur Wahl bilden eine Anzahl Prozesse wegen Uebertretung des Vereins- und Pressegesetzes. Bis jetzt sind verurteilt: 1) Heinrich zu 50 Mk., weil er als Verleger der Flugblätter kundete, daß auf dem 2. Flugblatte ein falscher Decker genannt wurde. 2) Barckel, Klee, Gelerich, Heinrich, Stahl zu 120, 99, 75, 75, 75 Mk., weil sie in Biederitz bei Magdeburg eine geheime Versammlung abgehalten haben und in derselben als Redner, Leiter und Redner aufgetreten sein sollen. 3) Lankau endlich zu 30 Mk., weil er in einem Reparant sich mit seinem Tischnachbar über öffentliche Angelegenheiten unterhalten hatte und somit dieser zwei Männerversammlung als Redner aufgetreten war!

Die übrigen Mitangeklagten wurden freigesprochen, weil sie sich (wahrscheinlich aus Niederdrücktheit) nach Angabe des Polizeinspektor Krieter, welcher an der Thüre gehorcht, nicht unterhalten hatten.

Am dem Tage, an welchem unter Andern auch gegen Stahl verhandelt wurde, hatte derselbe es vorgezogen, anstatt zur Verhandlung zu kommen, nach Amerika auszuwandern. Der im Termin anwesende Polizeikommissar Sommermann frag nun beim Staatsanwalt an, ob der ex. Stahl durch die Polizei in Hamburg festgenommen werden könne. Der Staatsanwalt erklärte aber, daß das nicht angehe, es würde Stahl Unrecht geschehen, weil man nicht wissen könne, ob Stahl vielleicht seine Geldprozesse von Amerika einfinden werde. Und richtig! Vor Kurzem hat Stahl geschrieben, daß nächstens 75 Mk. ankommen. Im Biederitzer Prozesse, dessen Erkenntnisse wegen eingestellter Berufung noch nicht rechtskräftig sind, figurirt als Hauptbelastungszeuge die polizeiliche „Cu: 111“. Regierung sind wir nun, ob auch die Berufungsrichter den Ansagen der Polizeikommissare, welche sich auf die den Richter und Angeklagten unbekannt unverantwortliche und unvereidbare „Cu: 111“, stützen, Glauben beimessen werden. In den schöffengerichtlichen Urteilsgründen ist im Betreff der Glaubwürdigkeit dieser „Cu: 111“ Angehöreres geleistet. Die Bourgeoischiffen und diverse Richter sind durch das Ausnahmegericht geradezu verrückt geworden.

In prinzipieller Hinsicht existiren hier keine Meinungsverhältnisse. Als wir seiner Zeit die Angelegenheit Grewel contra „Sozialdemokrat“ diskutierten, erklärten sich die Genossen mit der bisherigen Schreibweise des „Sozialdemokrat“ einverstanden, nur von einigen Ausreißern, wie sie schon von einem Genossen in Nr. 28 gerügt worden, glauben sie, daß dieselben in anderer Form gegeben werden könnten.

Unsere Finanzen hängen im Vorjahr mittelmäßig. Die Einnahmen incl. Wahlgebühren betragen Mk. 1374. 21 Die Ausgaben betragen „ 1285. 35

Referendum am 1. Januar 1889 Mk. 88. 86.

Die Angaben vertheilen sich auf Flugblätter, Stimmzettel und sonstige Wahllofen, Prozesse, Familien-Unterstützungsgelder, Unterstützungs-gelder an Durchreisende und Baarsendungen zur Partei-Hauptkasse.

Zur Zeit verfügen wir über etwas mehr Mittel, werden jedoch an keine durchreisenden Genossen, gleichviel ob Ausgewiesene oder Gemäßigte, Unterstützung zahlen, da ein jeder wissen muß, wozu er sich zuwenden hat, um unterstützt zu werden. Nur in Ausnahmefällen, z. B. auf der Fahrt u. dgl., werden wir Reisegelder verabfolgen.

Zum Ausgleich werden wir dagegen der Hauptkasse mehr einwenden. Zum Schluß möchten wir die hiesigen Genossen bitten, dafür zu sorgen, daß der Abonnentenstand des „Sozialdemokrat“ ein höherer wird und die Abonnementsbeträge monatlich im Voraus entrichtet werden.

Mit Gruß! Im Auftrage X.

— Aus der Niederlausitz, 21. Juli. Aufhüpfend an meinen Bericht in Nr. 35 des „Sozialdem.“ betreffend die Ausweisung des

Genossen Winhold aus Forst, sei bemerkt, daß Winhold auf seine Beschwerde bei der Kgl. Regierung zu Frankfurt a. O. nachstehenden Bescheid erhalten hat:

Frankfurt a. O., den 30. Juni 1882.

Auf Ihre Beschwerde vom 27. v. Mts. über die seitens des dortigen Magistrats verhängte Ausweisung aus Forst benachrichtige ich Sie hiermit, daß, nachdem der Magistrat, wie derselbe berichtet hat, sich mit Ihrer Niederlassung einverstanden erklärt hat, Ihre Beschwerde erledigt ist.

Der Regierungs-Präsident
J. S.
Staber."

Also, erst ausgewiesen — und jetzt mit der Niederlassung einverstanden erklärt. Der Hochwohlwolle hat allergnädigst geruht, unsern Genossen den Aufenthalt zu gestatten, — um sich der öffentlichen Blamage zu entziehen. Und der Herr Regierungspräsident, der „Vertreter der staatlichen Autorität“, dessen Pflicht es doch gewesen wäre, die Rechtsfrage zu betonen, geht mit Eleganz über dieselbe hinweg. Es handelt sich ja nur um einen Arbeiter. Das sind unsere „Ordnungswächter“!

Heute etwas über die hiesigen kapitalistischen Ausbeuter, das Fabrikantenthum! Die in hiesiger Gegend üblichen Arbeitslöhne und Arbeitsverhältnisse sind denen in den übrigen Theilen Deutschlands gleiche — das heißt, der Arbeiter muß für wenig Lohn Uebermüthiges leisten. Die Löhne sind in den früheren schlechten Geschäftsjahren auf das denkbar niedrigste Niveau gesunken. Dabei ist die Behandlung der Arbeiter von Seiten ihrer Vorgesetzten und der Arbeitgeber eine infame, man sucht dem Proletariat jedes Gefühl der Selbstständigkeit auszutreiben, indem man die weibliche Arbeitskraft — als die gefügigere — der männlichen vorzieht. Die Arbeiterinnen müssen sich gleich beim Arbeitsantritt verpflichten, ihre Ehre Preis zu geben, sonst ist ohne Weiteres das Arbeitsverhältnis gelöst. Die herrschende Gesellschaft ist derart korumpirt, daß sie nicht allein des Arbeiters Blut bis auf den letzten Tropfen ausaugt, er wird auch seiner Scham und Ehre beraubt — ja man treibt ihn sogar so weit, daß er zu Mitteln greift, welche ihn auf längere Zeit in's Zuchthaus bringen können.

Nachstehender, in Forst vorgekommener Fall verdient erwähnt zu werden. In der dortigen Tuchfabrik von Klemm u. Werner hat die Prostitution ihren Höhepunkt erreicht. Die Arbeiterin in dieser Fabrik dauert mit wenig Unterbrechung Tag und Nacht. Man hat zur Vor- und Zurichtererei ca. 18 junge Mädchen angestellt, welche abwechselnd vom Werkmeister und Fabrikherrn gebraucht werden, um deren thierische Gellüste zu befriedigen. Hat der Fabrikant irgend welche Bedürfnisse, so muß die Auserlesene das Schlafzimmer des Wühlings aufsuchen, damit er auf falsche Vorspiegelung hin dem Mädchen Gewalt anzuhaben vermag. So ist es nun gekommen, daß binnen Kurzem in drei bekannten Fällen (ohne die unbekannt gebliebenen) den Opfern dieses Systems Mittel herbeygeschafft wurden, um die Leibesfrucht zu retten. Eine der Unglücklichen vermochte jedoch von diesen Anerbietungen keinen Gebrauch zu machen, ließ es vielmehr auf die unvermeidlichen Folgen ankommen — es kam zu Anseinerbersehungen, und kurz darauf wurde der Werkmeister Prose verhaftet und in das hiesige Gerichtsgelände eingeliefert. Bis jetzt herrscht über diese Angelegenheit offiziell noch tiefes Schweigen. Man spricht von bedeutenden Summen, welche an Prose gezahlt worden seien, damit er sich in's Ausland flüchte. Ich könnte noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle anführen, aber dieser eine genügt, um zu zeigen, wie sehr der heutigen Gesellschaft das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit abgeht. Doch wiegt Euch nur immer in Sicherheit, Ihr Ausbeuter und Volkseindlender, der Tag, wo Eure Stunde schlägt, naht trotzdem mit Riesenschritten. Je härter der Druck, je schamloser die Willkür, mit welcher Ihr gegen uns verfährt, um so ingruenlicher haßt Euch der Proletariat, den Ihr zum Arbeitsthier herabgewürdigt glaubt, um so leidenschaftlicher schaut er den Moment herbei, wo er seine volle Menschwürde wiedererobern wird!

Der rote August.

— Meerane, 14. Juli. Wiederum haben wir den Hingang eines unerfahrenen Kämpfers für Freiheit und Recht zu verzeichnen, dessen Verlust uns um so schmerzlicher ist, als es deren wenige gibt, welche mit so viel Anspöcherung und Standhaftigkeit für die Ziele der Sozialdemokratie gewirkt haben, als der Dahingegangene.

Franz Häbner

war sein Name, der manchen unserer Aleren Genossen wohl bekannt sein wird. Häbner war trotz seines hohen Alters stets am Platze, wo es galt, für unsere Sache zu wirken, und nicht nur vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes, sondern bis zu dem Augenblick, wo ihn sein Leiden an's Krankenlager warf, hat er die rechte Thätigkeit gezeigt. Unsere Gegner konnten ihn das auch nicht vergessen. Man verlagte ihm jegliche Lauerthätigkeit, und hätte er deshalb die letzten Tage seines Lebens noch große Noth leiden müssen, wenn dieselbe nicht durch Opfer vieler Genossen gelindert worden wäre. Und so haben wir ihn denn Sonntag, den 3. Juli, der Erde zurückgegeben. Eine große Anzahl Genossen folgte seinem Sarge, trotzdem das Begräbniß schon früh halb 7 Uhr stattfinden mußte, jedenfalls um eine größere Demonstration zu vermeiden. Ein Genosse sprach noch Worte des Dankes an seinem Grabe, indem er seiner Thätigkeit gedachte und die umstehenden Genossen ermahnte, daß sie den Dahingegangenen sich zum Vorbild nehmen mögen, und legte zum Schluß einen Kranz mit rother Schleife und passender Aufschrift auf den Sarg nieder. Später wurde das Grab noch durch ein rothes Kreuz mit der Aufschrift: „Gewidmet von den Sozialdemokraten“ geziert.

Seit einiger Zeit regt es sich hier sehr heftig unter den Weibern behufs Erhöhung der auf das tiefste Niveau gesunkenen Löhne. Ueber den Verlauf dieser Bewegung werde ich seiner Zeit Bericht erstatten.

— Meerane, im Juli. Die hiesigen Genossen erklären, daß sie mit dem in Briefkasten Nr. 21 des „Sozialdemokrat“ beantworteten Brief aus Meerane nicht einverstanden sind, daß sie von diesem Brief, der die Glaubhauer Genossen dem beabsichtigten Verdachte aussetzt, mit der deutschen Schandwirthschaft zufrieden zu sein, vor seiner Abendung keine Kenntniß hatten, derselbe vielmehr auf persönliche Motive zurückzuführen sei.*

— Mülhausen, 9. Juli. Der berühmte Polizeinspektor Kaitenbach von hier, welcher sich im Monat Februar im Auftrag der russischen Regierung nach der Schweiz begab, um die Rüstungen zu überwaschen, ist, nachdem er sich einige Wochen am Bodensee aufgehalten, freiwillig oder unwillig hierher zurückgekehrt und hat seinen Dienst als Polizeinspektor wieder übernommen.

Wir glauben eher, daß er nach der Schweiz ging, um dem russischen Staatsfahd einige tausend Rubel abzuzinsen, damit er seine ihn drückenden Gläubigern etwas befriedigen könnte, als um die Rüstungen zu überwaschen.

Ob er alle seine Schulden bezahlt hat, das wissen nur die — Kinder Israels.

* Dieser Satz war selbstverständlich nur ironisch aufzufassen, einen solchen Vorwurf im Ernst auszusprechen, lag auch dem betreffenden Briefschreiber fern.

Warnung.

Wir warnen die Genossen vor dem Schloffer **Freig Goerck**, welcher früher in Erfeld, Magdeburg und Braunschweig war und sich jetzt in Berlin befindet. Derselbe steht im dringenden Verdachte, die zuletzt aus Berlin Ausgewiesenen denunzieren zu haben.

Die Mülhauser Genossen warnen vor **Philipp Laible** (auch Laibl genannt) aus Württemberg, welcher ebenfalls Denunzianten Dienste geleistet hat und angeblich nach Amerika ausgewandert ist.

Warnung für Zigarrenarbeiter und Zigarren-Arbeiterinnen.

Der Fabrikant **Oskar Thomsen** (Fabrik Royal) in Kopenhagen hat seine Arbeiter entlassen, weil dieselben dem Zigarrenarbeiter-

Verein angehören. Es ersucht deshalb er unterzeichnete Vorstand bis auf Weiteres jeden Zugang von hier fern zu halten.

Der aus Berlin ausgewiesene **Gustav Diekmann** ist in obiger Fabrik Meister und ist der Urheber dieser Handlung des genannten Fabrikanten. Die Arbeitsverhältnisse hier am Plage sind sehr schlecht. Kopenhagen, 27. Juli 1882.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Vorstand
des Zigarrenarbeitervereins:
E. Juller, Vorsitzender.

Zur Beachtung.

Meistlichen Anfragern zur Antwort, daß **W. Hasenclever** nicht mehr in Burzen wohnt, sondern in Halle a. S., Anhalterstraße Nr. 9/a II.

Achtung!

Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankiren, wodurch und erhebliche Verluste durch Strafpforten entstehen, so bemerken wir hiermit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:

aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) . . . 20 Pf.

aus Oesterreich-Ungarn 10 Kr.

Bei schwereren Briefen kosten immer

je 15 Gramm weitere 20 Pf., bezw. 10 Kr.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankirten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten

der Expedition: Steinberg: R. 60. — Ab. 2. u. 3. Cu. erh. Bst. mehr. — Rother Franz: Fr. 12. — à Co. erh. Geld von R. ist allerdings eingetr., aber eine „R. W.“ von Ihnen nicht. H. hat betr. E. noch nicht gefch. — Ag. d. Br. Wpln.: R. 18. — p. Ab. 3. u. 4. Cu. gebucht, da Nachlieferung Juli unmöglich. R. 15. — d. Ufd. bfo. zugew. — Raff: R. 60. — à Co. erh. Weiteres willkommen. — Gem. Gew. u. D. R. S. Dabos-Pl.: Fr. 855 f. d. Gen. L. Dtschl. u. Oesterr. bfo. erh. Fr. 4,80 wird „Krb.“ quittiren. — Kannah: R. 3. — Ab. i. Pst. erh. Bst. folgt. — Fr. Jousch. R. P.: Frs. 253,15 (Doll. 50) à Co. erh. Bstllg. abgef. — S. R. London: Fr. 56,99 (Pfd. St. 2, 5, 3) Ab. 2. Cu. erh. — J. R. Kap.: öst. fl. 1,70 Ab. Mai bis Ende Juli erh. — Sem. Sam u. Japhet: R. 34,77 Ab. bis Ende 3. Cu. durch B. erh. — P. asp. a. a.: R. 2,40 Ab. Aug., Porto u. Ufd. bfo. erh. — Peter: R. 18. — à Co. am 27.7. eingetr. — Hans K. J.: Fr. 1. — d. Ufd. bfo. zugew. — R. Manchester: R. 70. — per Ab. 2. u. 3. Cu. gutgebr. — Schmitzung: R. 100. — à Co. durch E. erh. — Commerzienrath: Folgen fortan 10. Bon W. ohne Nachricht. — J. P. Wihar: R. 2. — Ab. Aug. — Sept. f. 1. Ufd. nach E. erh. — Ahadornus: Reuer eingetr. Wat nicht der Jevich, wenn id lenne Waage habe? Gruß! — Oel: 2. Weiteres vorgeh. — Fiddym.: Alles beachtet. Bst. mehr. — Georg: Bst. v. 31.7. eingetr. Bst. folgt. — Unerschöpflich: Bstllg. v. 26. da. in Zwischenhand verspätet. R. 2. — f. Bstllg. gutgebr. Nachr. v. 29.7. hier. — Roberten: Fr. 2. — Ab. 4. Cu. erh. — J. S. G.: R. 4,20 Ab. 3. Cu. erh. — Ferd.: Bst. an Jg. besorgt. Der Seinege hatte Verspätung in Zwischenhand. — Rothbart: Bst. v. 31.7. eingetr. Ueber 27 briefl. Räberes. —

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Vom 1. August d. J. an beginnt die polnische sozialdemokratische Zeitung

„PRZEDSWIT“ (Tagwacht)

ihren zweiten Jahrgang. Sie wird von jetzt ab regelmäßig alle 14 Tage erscheinen.

Die polnischen Genossen in Deutschland und Oesterreich werden freundlichst eingeladen, auf dieselbe zu abonniren!

Abonnementspreis pro Jahr für Deutschland (Couvert) 10 Mark, für Oesterreich (Couvert) 5 Gulden, für Russland (Couvert) 5 Rubel, für die Schweiz (Krousbund) 10 Franken, für alle anderen Länder (Krousbund) 12 Franken.

Adresse der Redaktion und Expedition: **Genève** (Suisse). Imprimerie de l'Aurore, Rue des Paquis Nr. 5.

Von der Redaktion und Expedition des „Przedswit“ sind folgende neu erschienene sozialdemokratische Broschüren in polnischer Sprache zu beziehen:

- 1) Dr. A. Schöffle. **Kwintessencyja socyjalizmu** (Quintessenz des Sozialismus) 1 Fr. 50 Cts.
- 2) Fr. Engels. **Socyjalizm utopijny a naukowy** (Der wissenschaftliche und der utopische Sozialismus) 50 Cts.
- 3) „Czergoz chca?“ („Was sie wollen“) Sozialdemokratische Dichtungen 2 Fr.
- 4) W. Liebknecht. **W obrosie prawdy**. (Zu Schutz und Trutz.) 1 Fr.

Zürich. Samstag, den 5. Aug., Abends 8 Uhr, im Café Kaseler, Stüsslihofstatt

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Da sehr wichtige Parteianglegenheiten zur Verhandlung kommen, sind die Parteigenossen aufgefordert, sämmtlich zu erscheinen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Ohne diese kann Eintritt gestattet.

Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Zur Beachtung!

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.

Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen an unserer Adresse zu achten.

Der Vorstand.

Schweizerische Centraldruckerei Göttingen-Str. 11.